

Revisionsbedürftige Staatsstrukturen

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **165 (1999)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Revisionsbedürftige Staatsstrukturen

Im Hinblick auf den angekündigten neuen Sicherheitsbericht stellt sich vorab die Frage, ob die bestehenden Staatsstrukturen der Schweiz noch in der Lage sind, genügend Sicherheit zu produzieren. Im Kolloquium der Experten auf dem Lilienberg wurde kürzlich festgestellt, dass die Diskussion meist sofort auf einzelne Themata der Sicherheit, zum Beispiel auf die Neutralität, fokussiert wird, anstatt zuerst das politische Umfeld zur Schaffung von Sicherheit auszuloten und die Schwächen unserer Staatsstrukturen zu ermitteln. Vor allem auch unsere jungen Staatsbürger* sind aufgerufen, mögliche neue Lösungen zu suchen und zu werten.

Das staatliche Gewaltmonopol

Der Staat besitzt in der rechtsstaatlichen, demokratischen Kultur das Gewaltmonopol, das er zum Schutz der Bürger und ihrer Rechtsgüter sowie des eigenen Territoriums nach aussen primär mit der Armee, nach innen mit der Polizei ausübt. Zwar steht die nationale Interessenwahrung immer noch im Vordergrund, der Staat wird aber immer mehr vernetzt: Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wie auch die Sicherheit unterliegen zunehmend Abhängigkeiten, Einflüssen und Bedrohungen von aussen. Die **Legitimation** der staatlichen Machtmittel basiert hingegen immer noch auf der rein nationalen Politik- und Rechtskultur.

Die traditionell geographische Aufgabenteilung an Polizei und Armee für Bedrohungen im Innern resp. von aussen wird zunehmend verwässert. So etwa, wenn die Armee Assistenzdienst zugunsten der Grenzpolizei oder die Polizei Unterstützung und Beratung im Ausland leistet. Hier sind offensichtlich vermehrt pragmatische Aufgabenzuweisungen und «Joint Tasks» gefragt.

Internationalisierung der Sicherheitspolitik?

Politik- und Rechtskultur lassen sich nicht weltweit harmonisieren, da das **Menschenbild** und die **Rechtsauffassung** sehr unterschiedlich sind. Vor allem bestehen grosse gesellschaftliche Divergenzen zwischen westlichen und arabischen, aber erst recht auch mit asiatischen Völkern. Daher ist auch das Sicherheitsbedürfnis in den verschiedenen Kulturkreisen markant verschieden.

Nach- und Vorteile der direkten Demokratie

■ Unsere Politikkultur ist geprägt von der direkten Demokratie, welche für Fremde oft unverständlich und nachteilig erscheint, da sie **langsam** und **kompliziert** wirkt, sie hohe Anforderungen an den Bürger stellt. Sie bedarf zudem einer ständigen **Vertrauenspflege** zwischen Bürger und Staat, dies vor allem, wenn es darum geht, einzelne Elemente der Sicherheitspolitik entsprechend den Lageveränderungen neu zu organisieren. Zurzeit stehen diesbezüglich diverse wichtige Traktanden an:

- Reorganisation der Staatsführung auf nationaler und kantonaler Ebene mit Schutz der Kohärenz und besserer Effizienz,
- Einsatzmöglichkeiten der Armee (zusammen mit der Aussenpolitik) vor Ort, am Gefahrenherd, um negative Folgeerscheinungen zu Hause wegen Migration, Drogenhandel usw. zu vermeiden.
- Wahrung nationaler Identität trotz mehr Überfremdung.

■ **Vorteile** der direkten Demokratie sind aber auch offensichtlich:

- Die Bürger sind gewohnt, sich an der Diskussion um grundsätzliche Probleme der Staatsführung zu beteiligen. Sie führen **offene Debatten** vor der Öffentlichkeit und können mit starken Argumenten auch international Beachtung finden.
- Die demokratische Langsamkeit gewährleistet nicht die **Handlungsfreiheit** und Flexibilität einer Diktatur, dafür aber eine sichere Abstimmung der Politik mit den Bedürfnissen der Bürger.

Sie kann nicht durch Hinweise auf noch langsamere Administrationen im Ausland entschuldigt werden. Es gibt nämlich auch Beispiele, wo durch gute Aufklärung wichtige politische Entscheide rasch durchgezogen werden konnten, z.B. der Beitritt zur OSZE, der WTO-Vertrag, während der PpP-Beitritt trotz der flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten zuviel Zeit benötigte.

Der «Fluch» des Nationalstaates

■ Es wird immer wieder behauptet, dass der Nationalstaat schon lange **überholt** sei, zumal er am Egoismus und vielen Konflikten zwischen den Staaten schuld sei. Genau besehen sind heute die meisten Konflikte innerstaatlich, und der Nationalstaat überlebt trotz zunehmender Globalisierung. Es sind drei Elemente, Soziokultur,

Wirtschaft und Gesellschaft, welche ihn stützen, ihn zur **bestmöglichen Lösung** machen. Die Wirtschaft, aber auch die Kultur, sind daran, aus den nationalen Grenzen auszubrechen. Der Nationalstaat kann nur versuchen zu verhindern, dass diese Elemente ihre nationalen Wurzeln vergessen und so Gefahr laufen, menschenwürdiges Handeln sowie echte Kulturpflege aufzugeben.

■ Es ist unübersehbar, dass der **Mensch primär territorial** verankert ist, sich dort wohl und sicher fühlt. Er bevorzugt für die Sicherheit zwar vermehrt flexible, multifunktionelle Mechanismen. Sie müssen national basiert sein, auch wenn sie international vernetzt sind, da viele Gefahren heute nur noch im Verbund zu meistern sind.

Eine rein internationale Sicherheitspolitik ist zurzeit weder möglich noch empfehlenswert, da die Legitimation der staatlichen Macht national verankert ist, die Internationalisierung durch **fremde Unsicherheiten** belastet wird, ihre Mechanismen zu wenig Rücksicht auf nationale Sicherheitsbedürfnisse nehmen sowie zu **wenig Glaubwürdigkeit** nach innen und aussen gewährleisten.

Verdrängungspraxis

Der Mensch hat immer wieder die Tendenz, **unangenehme Tatsachen** zu verdrängen, nicht sehen zu wollen. So wird z.B. nicht gerne akzeptiert, dass der heutige Staat **keinen grossen Handlungsspielraum** mehr besitzt, dass er durch starke Gruppen im In- und Ausland (z.B. Greenpeace) bedrängt wird. Auch grosse Staaten sind heute nicht mehr in der Lage, rechtliche internationale Verpflichtungen einzuhalten, da sie schwerwiegende innere Probleme befürchten müssen (Fall Öcalan). Ihre Souveränität ist ehrlicherweise in vielen Bereichen stark limitiert. Aber eben, das Eingeständnis dieser Beschränkungen wird zurückgehalten.

Veränderung in fließender Umwelt

■ Da heute die Welt stark **im Umbruch** steht, ist eine situationsgerechte Neuformulierung der Sicherheitspolitik sehr schwierig. Zudem ist erkennbar, dass die früheren Schöpfer des Nationalstaates sich heute zu wenig dynamisch, flexibel, phantasiereich verhalten.

■ Viele Staatsaufgaben werden heute an Private **ausgliedert**, schränken damit aber die Rechtsmittel der Bürger ein.

■ **Vorbehaltene Entschlüsse:** Angesichts der ständigen Veränderungen können keine dauerhaften Rezepte für die Gewährleistung der Sicherheit gefunden werden. Nach bewährter militärischer Manier braucht es daher eine Liste «Vorbehaltener Entschlüsse», um bei Veränderung der Lage sofort reagieren zu können.

■ **Bereitschaftsgrade:** Sie sind jeweils der Sicherheitslage anzupassen. So benötigt wohl die Polizei heute in gewissen Aufgabenbereichen eine höhere materielle und/oder personelle Bereitschaft. Die Armee aber kann sich in der Kernkompetenz der Verteidigung wegen der langen Vorwarnzeiten, ausgenommen bei Sofortreaktionsverbänden und den Stäben, mit einer niedrigeren Bereitschaft begnügen und so wesentliche finanzielle Einsparungen erzielen.

Schweizerische Chancen

■ Jede Situation bietet auch Chancen. In der aktuellen Orientierungslosigkeit könnte die Schweiz sich auf ihre alten Traditionen besinnen und **Nischen pflegen**, welche sich für unsern Kleinstaat als speziell lohnenswert erwiesen haben, z.B.: das Völkerrecht nicht nur im humanitären Bereich, sondern in voller Breite, Stärkung der rechtsethischen Grundlagen des internationalen Handelns, der Menschenrechte, der Minderheitenbehandlung, der Zusammenarbeit der Ethnien, gelebte Demokratie, Friedensförderung usw.

■ Zu diesem Zwecke ist es dringend nötig, dass die schweizerischen Staatsstrukturen sowie die eigenen Machtmittel entsprechend **umorganisiert und schlanker gestaltet werden**.

Solche Anpassungen sollten der Schweiz generell leichter fallen als andern Völkern, da wir gewohnt sind, mit unterschiedlichen Ethnien und Kulturen zusammenzuleben und gemeinsam immer wieder neue tragfähige Lösungen finden. Oberst iGst Charles Ott



* Diese Nummer wird allen Offiziersaspiranten zugestellt.